

NGO-Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“

Pressemitteilung vom 10.7.2015

Anerkennung des Völkermords: Eine offizielle Entschuldigung bei und Verhandlungen mit den Ovaherero und Nama müssen folgen!

Vor dem Hintergrund des großen öffentlichen Drucks der Zivilgesellschaft, aus Politik und Presse in Namibia und Deutschland hat nun laut DPA nach dem Bundestagspräsidenten auch die Bundesregierung den Genozid in Namibia offiziell anerkannt und Bereitschaft zu Entschädigungszahlungen signalisiert. Das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Doch die gewählte offizielle Formulierung „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ kann nicht befriedigen: Der offensichtliche Anachronismus (den Staat Namibia und eine namibische Nation, an der ein Völkermord hätte begangen werden können, gab es damals natürlich noch nicht) lässt den Verdacht aufkommen, dass die bis heute direkt vom Völkermord und den damit einhergehenden Enteignungen betroffenen Ovaherero und Nama von den Verhandlungen über Entschädigung weiterhin ausgeschlossen bleiben sollen.

Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass von der Bundesregierung offen gelassen wird, ob es eine förmliche deutsche Bitte um Entschuldigung gegenüber den Ovaherero und Nama geben wird oder weiterhin nur von einer «besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia und seinen Bürgern» nicht aber von einer historischen Verantwortung Deutschlands für den nun anerkannten Völkermord an den Ovaherero und Nama gesprochen wird.

Angesichts dieser noch unerfüllten Forderungen des Bündnisses wird es seine Initiative „Völkermord ist Völkermord!“ bis zum 111. Jahrestag des deutschen Genozidbefehls am 2. Oktober 2015 fortsetzen und weitere Unterstützer*innen zu gewinnen suchen.

Der im Berliner NGO-Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“ aktive OvaHerero Israel Kaunatjike sagt: „Wir begrüßen die überfällige Anerkennung des Genozids und werten sie als großen Erfolg unseres jahrelangen Kampfes. Aber die Formulierung der deutschen Regierung lässt befürchten, dass an keine förmliche Entschuldigung gegenüber den Ovaherero und Nama gedacht ist. Schlimmer noch: Als direkt vom Völkermord betroffene und damals enteignete Gesellschaften sollen wir offenbar auch nach der förmlichen Anerkennung des Genozids von den laufenden Entschädigungsverhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung ausgeschlossen bleiben. Wir werden das niemals hinnehmen!“

Appell, Regierungsantwort, Oppositionsanträge, etc.: <http://genocide-namibia.net/>

Kontakt Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“: 01799 100 976, buero[at]berlin-postkolonial.de

Protokoll der Pressekonferenz des Auswärtigen Amtes am 10.7.2015:

http://www.auswaertiges-amt.de/sid_31A40B928EFC2B801BF4F656498B0489/DE/ElementeStart/Sprecher_node.html#doc438320bodyText1